

Beat Kappeler:

## **Für eine glaubwürdige Sozialhilfe**

Glaubwürdig soll die Sozialhilfe gegenüber drei Kreisen sein – gegenüber den Bezüglern der Hilfe, gegenüber den zahlenden Bürgern und gegenüber den Sozialtätigen selbst. Es gibt nichts Unglaubwürdigeres, als wenn Bezüglern über die Verschwendung selbst schon lachen müssen/oder wenn sie sich völlig versklavt vorkommen, als anderes Extrem. Und unglaubwürdig ist die Hilfe auch, wenn sich die Zahlenden dumm vorkommen müssen, sowie wenn die damit professionell Befassten täglich feststellen, dass am System etwas faul ist.

Ganz so schlimm, wie diese Extremsituationen liegt die schweizerische Sozialhilfe nicht. Doch sie hat Probleme bei den erwähnten drei Kreisen.

Mit dem mir möglichen Rückblick auf pionierhafte Jahre des ersten starken Nachkriegsaufschwungs stelle ich überdies fest, dass die heute in der Schweiz Lebenden sich an unerhörten Komfort gewöhnt haben und ihn einfordern. Sozialhilfe, so die Bundesverfassung 2000, soll nicht nur die Existenz sichern, sondern eine „menschenwürdige Existenz“. Spitäler müssen Hotelkomfort aufweisen. Im Verkehr muss durch perfekte Strassen und üppigste Signalisation jedes Risiko vermieden werden. Zehnjährige Bübchen trainieren abends unter Flutlicht auf nahtlosem Rasen der öffentlichen Sportplätze. Lebensmittel müssen perfekt abgegeben werden, die Nase des Kunden ist dispensiert. Banken müssen jede Garantie für den dümmsten Anleger bieten.

Das alles soll nur erklären, dass ich gelegentlich ungerührt bleibe gegenüber der Hysterie des Perfekten, der Dispensation von eigener Sorge.

### **Die Probleme der Sozialhilfe sehe ich so:**

- Im reichsten Land der Welt, wie übrigens in allen westlichen Ländern, bezieht mehr als die Hälfte der Haushalte Geld vom Staat. Nicht für das ganze Einkommen zwar. Doch eigentlich war Hilfe gedacht als Stütze der wenigen Glücklosen durch die breite

- Mehrheit der anderen. Ebenso beziehen mehr als die Hälfte der Kantone Finanzausgleich, sogar der reiche Aargau hier nebenan!
- Die Kanäle staatlichen Transfers haben sich vervielfacht, Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligung, Direktzahlungen, Stipendien, und dies neben einem starken Ausbau der Sozialversicherungen (diese folgen dem Äquivalenzprinzip).
  - Die Summen der staatlichen Transfers sind nicht nur insgesamt, sondern innerhalb dieser Kanäle explodiert, vergleicht man sie mit der Entwicklung des Sozialprodukts, also der von den Zahlenden hergestellten Wertschöpfung des Landes.
  - Ein „mind-set“ im öffentlichen/veröffentlichten Diskurs hat sich eingestellt, dass Bezüger immer nur Opfer sind (nimmt zwar ab).
  - Schwelleneffekte treten auf: bei der Schwelle, wo verschiedene dieser Kanäle aufhören, stellt sich der Empfänger schlechter (weil steuerbar, etc.). Durch die Kumulation der Hilfen liegen diese Schwellen sehr hoch (ich errechnete bis zu 85'000 CHF für eine Familie).
  - Das „Abstandsgebot“ ist dadurch verletzt – wer sich selbst durchbringt, hat weniger.
  - Die Zahlungen an Subjekte werden durch die unsinnige Objekthilfe des 19. Jh. weiter ergänzt („soz.“ Wohnungsbau).
  - Viele Leistungen werden nicht mehr durch die öffentlichen Stellen, sondern durch private Trägerschaften mit Leistungsvereinbarungen erbracht. Das ist falsch verstandenes New Public Management. Die beauftragten Personen durchlaufen zunehmend Managementkurse der Non-Profit-Organisation und Kommunikation und treten gegenüber beauftragenden Behörden oberhalb der Augenhöhe auf, und sie nehmen in der Öffentlichkeit die Behörden als Geiseln, um ihre Interessen durchzusetzen. Bei NPO muss man was das persönliche Status-, Einkommenstreben betrifft, das „N“ oft streichen.
  - Die Ansprüche aller Art wurden verrechtlicht, mit Rekurswegen und Pflichtanwälten versehen.
  - All dies schafft eine starke Pfadabhängigkeit, Unumkehrbarkeit des Sozialsektors, was Strukturen wie Ausgabenflüsse betrifft.

## **Wo liegen die Reformchancen?**

Die Chancen stehen gut,

- wenn man mit Menschen rechnet, die rechnen können (bei Empfängern wie bei Zahlenden),

- wenn man die einkommensmässige Mobilität ernst nimmt (Hälfte der Armen kommt jährlich hoch, oder: zwischen 2001 und 2010 stieg in CH jeder Zweite aus dem untersten Einkommensquartil auf), sowie
- wenn die Hilfe nicht nur in Geld, sondern mit Anreizen, mit Anweisung und Einweisung zu eigener Aktivität verbunden wird.

Die über 10 Jahre dauernde Unbelehrbarkeit der SKOS endet dank politischen Druck nun, zwar mässig, aber sie bewegt sich offenbar auf eine Senkung des Grundbedarfs für grosse Familien und junge Ledige hin, auf eine Sanktion von Fehlverhalten mit 30% anstatt 15%. Hingegen bleibt der Einkommensfreibetrag mit 400-700 CHF unflexibel und klein.

**Wir kommen damit zum Profil glaubwürdiger Sozialhilfe der Zukunft:**

- Sie braucht eine viel stärkere Modulierung gemäss Eigenanstrengung, sie muss selbstverdientes Einkommen belohnen, nicht durch Schwelleneffekte und geringen Freibetrag entmutigen. Die USA kennen seit 30 Jahren nun die negative Einkommenssteuer, den „earned income tax credit“ (s. www unter EITC oder Lohnauffüllung). Kleine Arbeitseinkommen werden mit 40% ergänzt, ab ca. 21'000\$ Gesamteinkommen einer 4er-Familie wird von jedem selbst verdienten Dollar nur 21% von der Hilfe abgezogen. Ueber 9 Millionen Amerikaner stiegen dadurch aus der Armut auf (2013). Eigene Arbeit wird belohnt.
- Der Einkommensfreibetrag der SKOS muss genau so modelliert werden.
- Damit ist auch gesagt, dass der Einstiegsbetrag, also ungefähr der Grundbedarf, viel kleiner sein muss bei Personen, die arbeitsfähig sind, sonst verletzt man das Abstandsgebot erst recht. Und dann müssen die Abzüge fürs Selbstverdiente hoch ausfallen, sodass der Anreiz schwach wird.
- Ist dieser Grundbetrag deutlich geringer, sollen die situationsbedingten Leistungen grösser sein. Dazu braucht der Sozialdienst viel mehr Ermessen, und dieses Ermessen muss im Gesetz als rekursfrei bezeichnet werden.
- Schliesslich sind alle Antragsteller umgehend einer „Basisbeschäftigung“ zugeführt werden, wie man es im Kt. Zürich macht, und wie das Konzept der IIZ es anstrebt. Dazu zählen auch Integrationshilfen, gezielte Ausbildungen.
- Die Sanktionen müssen deutlich höher sein, und nicht durch trölerische Rekurswege ungeklärt bleiben.

Noch einige Bemerkungen zum mind-set, der bei einigen Wortführern gehörig durchgeschüttelt werden muss:

- Man muss mit Menschen rechnen, die rechnen können. Das trifft auf eine grundlegende anthropologische Disposition, auf deutsch: ist im Menschen angelegt. Alles andere ist herablassend für die „Klienten“ und empörend für die Zahlenden.
- Niemand ist nur Opfer. Kausalität spielt oft auch andersherum, man ist also nicht kränker, und kurzlebiger, weil man arm, ungebildet, süchtig, Migrant ist. Sondern es gilt die Selbstselektion – viele Menschen bringen sich mit wenig Bildungsbeflissenheit, mit Suchtverhalten, mit körperlicher Untätigkeit, mit zivilrechtlichen Kurzschlüssen in ausweglose Lagen und Armut. Dann sind sie kränker und sterben früher.
- Wer einwandert, hat sich den republikanischen Gesetzen zu unterziehen, keine Gruppenrechte. Das war nur im Ancien Régime so.
- Armut geht für viele vorüber, gerade wenn sie zivilrechtlich oder tieflohnverursacht oder migrationsbedingt war. Dies aber sind gemäss allen Studien die Hauptursachen für Armut. Deshalb mehr Anreize, deshalb nicht „Teilhabe“ an allem und jedem.
- Man soll etwas vorsichtig sein mit dem Ruf nach „Menschenrechten“, die vollauf befriedigt werden müssen. Oft ist es nur Komfort. Was Menschenrechte von Hilfsempfängern sind, schwankt im Urteil der Zeiten (die junge USA und England im 19. Jh. schlossen Unterstützte vom Stimmrecht aus: in den Ausstand treten, wenn man die Hand hinhält. z.B. bei NFA-Kantonen...!). Das ist in der Public-Choice-Politologie als Gefahr des median voters erkannt, oder der Kreuzkompromisse minderheitlicher Politgruppen zu Lasten des Staates, wodurch er mit der Zeit überlastet wird. Siehe europäische und amerikanische Staatsschulden (implizite Schulden auch – aus Sozialverpflichtungen).

Beat Kappeler, „Sozial, sozialer, am unsozialsten“, NZZ-Verlag 2007

„ „Leidenschaftlich nüchtern“, NZZ-Verlag 2014